Die Hungerlöhne im Holzgewerbe

SPD-Betriebsrat Lakai des Naziunternehmers Zickler . Organisiert den Abwehrkampf

(Arbeiterkorrespondenz)

Untertarifliche Bezahlung, Ueberstunden und Entlassungen sind in der Möbel- und Radiofabrik Heinrich Zickler in Hainsberg an der Tagesordnung. Der Unternehmer Georg Zickler ist Mitglied der NSDAP und die Zustände in dem Betrieb bezeugen, was es mit der von den Nazis so besungenen „Betriebsgemeinschaft" auf sich hat.

Wer sich dagegen zur Wehr setzt, wird entlassen. Wenn einmal Aufträge da sind, werden Ueberstunden geschoben, die dann später abgefeiert werden. So ist es vorgekommen, daß an einem Tage 20 Stunden hintereinander gearbeitet wurde.

Der Lohn beträgt für Tischler und Polierer 55 bis 65 Pfennig in der Stunde. Er ist also noch bedeutend niedriger als die Sätze des letzten Schiedsspruches. Die Arbeiterinnen erhalten 23, 24, 26, 28 und 30 Pfennig.

Nur drei Kolleginnen kommen auf 40 Pfennig in der Stunde. Das sind eine Polsterin und zwei Spritzerinnen, die bei dieser gesundheitsschädlichen Arbeit für den Lohn noch lange nicht die Nahrungsmittel kaufen können, die sie notwendig brauchten.

Obwohl in der Arbeitsordnung, die in dem Spritzraum angebracht ist, darauf hingewiesen wird, daß die im Spritzraum beschäftigten Arbeiter mit feuersicherer, enganliegender Kleidung ausgestattet sind, findet es der Unternehmer nicht für notwendig, dieser Anordnung Folge zu leisten.

Der Unternehmer glaubt überhaupt, machen zu können was er will. Als letzthin die Frühschicht 14.45 Uhr beendet war, ist das Geld zur Lohnauszahlung vorhanden gewesen. Wer nicht bis Sonnabend warten wollte, bekam es erst am Sonnabend. Am nächsten Montag war es genau so. Der SPD-Betriebsrat kümmert sich nicht darum, obwohl er dazu aufgefordert worden ist.

Eine Kollegin war an den SPD-Betriebsrat herangetreten und hatte ihn aufgefordert, eine Belegschaftsversammlung einzuberufen, um gegen das Chemnitzer Todesurteil Stellung zu nehmen. Er antwortete darauf: „Die ganze Sache wird wohl überhaupt keinen Zweck haben. Ich gebe Ihnen nochmals Bescheid." Am nächsten Arbeitstag, an einem Montag, war sie mit 19 anderen Kolleginnen entlassen.

Auf eine solche Weise sabotieren die SPD-Funktionäre die Kampfmobilisation der Arbeiterschaft gegen das Chemnitzer Schreckensurteil. Sie wünschen, daß der Antifaschist Bartl dem Beil kampflos ausgeliefert wird. Diese Tatsachen widerlegen deutlichst das schändliche parlamentarische Manöver der SPD, das nur dazu dienen soll, die Arbeiterschaft vom wirklichen Kampf abzuhalten.

Die 20 Arbeiterinnen wurden am selben Tage entlassen, wo ein anderer Teil der Belegschaft bis nachts 2 Uhr Ueberstunden leistete.

Das ist ein sehr unproletarisches Verhalten, besonders der Arbeiter Clemens übertreibt es ganz toll. 14- bis 15stündige Arbeitszeit ist bei ihm gar nichts Seltenes. Er ist begreiflicherweise bei seinen Kollegen nicht gut angeschrieben. Zuschläge für Ueberstunden werden ebenfalls nicht gezahlt.

Das alles geschieht unter den Augen des sozialdemokratischen Betriebsrates. Es ist überhaupt nur möglich, weil der Betriebsrat sich nur als der Lakai des Naziunternehmers betätigt.

Die Arbeiterinnen und Arbeiter sind mit diesen Verhältnissen selbstverständlich nicht einverstanden. Im stillen murrt jeder darüber, aber in den Diskussionen sagen sie dann oft: „Als einzelner kann ich doch nichts dagegen machen." Das stimmt schon, aber die Arbeiter müssen aus dieser Erkenntnis die richtige Schlußfolgerung ziehen. **Wenn sich alle Belegschaftsmitglieder fest zusammenschließen und gemeinsam vorgehen, können sie sehr wohl den faschistischen Unternehmermethoden erfolgreich begegnen. Die rote Einheitsfront unter der Führung der RGO ist die Voraussetzung für den notwendigen erfolgreichen Kampf. Sie kann nur gegen den Willen der Gewerkschaftsführer gebildet werden. Auch bei der bevorstehenden Betriebsrätewahl gilt es, eine rote Liste aufzustellen, um den sozialdemokratischen Unternehmerlakaien das Handwerk zu legen.**

Jetzt gehen die Unternehmer in der Holzindustrie daran, den Lohn erneut um 10 Prozent abzubauen. Um so mehr gilt es, den Abwehrkampf auch in dem Betrieb Zickler zu organisieren. Erzwingt deshalb eine Belegschaftsversammlung, um zu all diesen Fragen Stellung nehmen zu können.

Landarbeiter erhalten keinen Lohn

(Arbeiterkorrespondenz)

Zwei Landarbeiter waren bei der Gutspächterin Lina Löffler, in Freiberg, „Silberhof", beschäftigt. Ein ganzes Jahr mußten sie sich plagen ohne jemals ihren vollen Lohn zu erhalten. Immer wurden die zwei Arbeiter bis nach der Ernte auf ihren Lohn vertröstet. Als die Ernte herein war, hatte man wieder kein Geld. Jetzt hat man die Arbeiter herausgeschmissen, ohne den rückständigen Lohn zu zahlen.

Sie haben heute noch gegen 150 Mark zu bekommen. Wollte einmal einer 20 Pf. haben für Zigaretten, so wurde er angeschnauzt, „es wäre kein Geld da", während das Nazi-Schwiegersöhnchen unter der Haustür eine Zigarette nach der anderen qualmt. **Als nun die Kameraden ihre Forderungen dadurch kund gaben, daß sie den Hof nicht verließen, wurde ihnen abends die Schlafmöglichkeit genommen. Die Betten und Strohsäcke nahm man kurzerhand weg.**

Für die schwere Arbeit der Arbeiter hat man kein Geld, um den Lohn zu zahlen, aber die Gutsbesitzerin mit ihren Angehörigen hatte immer Geld. War für sie einmal kein Bargeld vorhanden, dann wurde eben das Getreide oder ein Stück Vieh verkauft. Um den Lebemann zu spielen, mußte Geld her — und es war auch da.

SA-Proleten, seht euch eure Bg. von dieser Sorte genau an. Sie wollen uns ausbeuten. Macht Schluß mit diesen Leuten. Eure Interessenvertreterin ist die KPD und RGO. Kämpft mit uns gegen die kapitalistische Ausbeutung.

Bergarbeiter rüsten zum Kampf

Sozialdemokratischer Betriebsratsvorsitzender des Steinkohlenbergwerks Zaukerode gegen rote Einheitsfront

(Arbeiterkorrespondenz 1007)

Am Sonntag, dem 4. Dezember hatte der Betriebsrat des Schachtes Zaukerode eine Belegschaftsversammlung einberufen, wo zu weiteren Rationalisierungsmaßnahmen der Werksleitung Stellung genommen werden sollte. Als erste Maßnahme verlangt die Werksleitung Verlegung des Schichtbeginns auf eine Stunde später, damit eine bessere Kohlenförderung erreicht wird. In der Urlaubsfrage sollen die Kameraden dadurch geschädigt werden, daß

bei Urlaubsmaßnahmen und vorliegender Krankheit, das Krankengeld gekürzt wird und nach einer Vereinbarung des Bergarbeiterverbandes mit der Werksleitung die Urlaubstage gekürzt werden.

Nach dem Bericht des Vorsitzenden ist die Kohlenförderung im letzten Monat um 100 Tonnen gestiegen, trotzdem die Löhne dauernd abwärts gehen. Der Durchschnittslohn beträgt pro Schicht 5.59 Mark.

In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß die Kohlenförderung aus den Knochen der Kameraden durch Antreiberei der Aufsichtsbeamten gesteigert wurde, dauernd ist der Kampf der Kameraden wegen Füllung der Hunde, Geldstrafen dieser Art sind an der Tagesordnung. Ueberstunden in der Wäscherei müssen von Schwerbeschädigten mit Willen sozialdemokratischer Betriebsräte gegen den Willen der Kriegsbeschädigten geleistet werden. Verschießung von Pulver, bei geringer Kohlenförderung, wird bei der Lohnzahlung vom Lohne abgezogen. So klagten die Kameraden zwei volle Stunden lang. Der sozialdemokratische Betriebsratsvorsitzende zeigte keinen Ausweg, um den Ausbeutermethoden entgegenzutreten. „Das wird so bleiben", gab er als Entschuldigung an. Da muß das Arbeitsgericht, Bergschiedsgericht, der Landtag in Anspruch genommen werden. Aber keine Kampfmaßnahmen dürften beschlossen werden, sonst könnte es passieren, daß die Werksleitung, genau wie das Werk in Burgk, unseren Schacht stillegt. Drohungen dieser Art seien bereits ausgesprochen worden.

Als ein Redner der RGO zu all diesen Ausbeutermethoden Stellung nahm, wurde mit einem Male der Betriebsratsvorsitzende radikal und erklärte:

er dulde nicht einen Redner der RGO, drohte mit Auflösung der Betriebsversammlung und er wolle von dem Hausrecht Gebrauch machen,

nämlich den Redner der RGO herauswerfen lassen. Er konnte sich das leisten, da er die Betriebsversammlung in einem SPD-Lokal abhalten ließ, damit die RGO keine Gelegenheit hatte, im selben Lokal nach Schluß der Betriebsversammlung eine RGO-Versammlung abzuhalten. Sein Haß gegen die Kameraden steigerte sich so, daß er auch

über eingebrachte Anträge einfach keine Diskussion und auch keine Abstimmung zuließ.

Die eingebrachten Anträge enthielten, daß in Zukunft keine weiteren Abzüge durch Bürgersteuer erfolgen und das gefällte Todesurteil an dem Arbeiter Bartl aufgehoben wird.

Die Kameraden beschlossen einstimmig, daß eine Verlegung der Schicht keineswegs in Frage kommt und mit allen zu Gebote stehenden Kampfmitteln verhindert wird.

Die Kameraden dürfen aber keineswegs erwarten, daß der reformistische Betriebsrat und der Bergarbeiterverband diese Kampfmaßnahmen organisieren wird. Die Kameraden können nur, gestützt auf ihre eigene Kraft, an die Durchführung des Kampfes gehen. Es gilt nicht nur gegen die Schichtverlegung, sondern gegen die Ausbeutermethoden der Werksleitung überhaupt Kampfvorbereitungen zu treffen, nur dann werden die Antreibermethoden ein Ende nehmen.

Es gilt, im Bergarbeiterverband die Opposition zu stärken und bei den Neuwahlen der Leitung, wie bei den Vertrauensmännerwahlen nur revolutionäre Kameraden zu wählen und schon jetzt die Betriebsratswahlen vorzubereiten, damit dieser reformistische Betriebsrat, der Handlanger der Werksleitung verschwindet und nur revolutionäre Kameraden als Betriebsräte gewählt werden.

Nur die Arbeiterstimme hilft den Proleten

SPD-Zeitung verleumdet die Arbeiter im Pirnaer Stadtomnibusverkehr

Am 25. November erschien in der Volkszeitung ein Artikel über die Verkehrssicherheit im Stadtomnibusverkehr in Pirna. In diesem Artikel strotzt es nur so von Gehässigkeiten gegen das Personal, das dort beschäftigt ist. Mehrere Arbeiter, die dort beschäftigt sind, erschienen bei unseren Genossen und verlangten, daß die Arbeiterstimme dazu Stellung nehme und folgende sachliche Entgegnung gegen die SPD-Presse bringen solle:

Die Kollegen führten an, daß in der Volkszeitung gestanden hätte, daß der Betrieb von verkehrsunkundigen Fahrern und Lehrlingen durchgeführt werde. Das ist eine gemeine Lüge.

In Wirklichkeit ist unter den Chauffeuren nicht ein Kollege, der nicht schon mehrere Jahre beschäftigt ist. Keiner der Fahrer und Chauffeure ist unter 7 Jahren als Chauffeur tätig.

Die Kollegen erklärten, daß jedoch die Anwürfe gegen die Belegschaft nur ein Racheakt des entlassenen SPD-Mannes sein sollen. Sie kennzeichnen das Verhalten Hauses als unsolidarisch. Gerade Hause hat nicht das geringste Recht über die berufliche Unfähigkeit der Kollegen zu reden. Rief er doch einmal von Mockethal an, daß der Wagen nicht mehr funktioniere und forderte einen Reparateur an. Dort jedoch wurde festgestellt, daß H. vergessen hatte, den Gang einzuschalten und deshalb verständlicherweise der Wagen auch nicht fahren konnte.

Besonders gekennzeichnet sei an dieser Stelle nur noch die Tatsache, daß in einer kürzlich abgehaltenen Versammlung dieses Betriebes, in der zur Wahl des Obmannes Stellung genommen wurde, der Gewerkschaftsbonze Beyer vom Gesamtverband unbedingt als Obmann der Belegschaft auf die Nase setzen wollte. Er ging dabei sogar so weit, daß er erklärte,

wenn sich jemand in der Betriebsversammlung als Obmann gegen Hause aufstellen ließe, würde er aus dem Gesamtverband ausgeschlossen.

Die Belegschaft, die bis dahin restlos Mitglied im Gesamtverband war, trat auf Grund dieses Verhaltens des Gewerkschaftsangestellten geschlossen aus dem Gesamtverband aus. Das war zweifellos ein Fehler. Die Kollegen hätten als Oppositionsgruppe im Verband besser dafür wirken können, auch die anderen Verbandsmitglieder dem verderblichen Einfluß der Gewerkschaftsführer zu entziehen, als wenn sie jetzt außerhalb des Gesamtverbandes stehen.

Die Kollegen erklärten, daß sie sich auf Grund ihrer Selbstinitiative den Manteltarif in der alten Form gesichert haben. **Sie haben einen Abschluß mit dem Unternehmer getroffen, nachdem sowohl die alten Ferien als auch der bisherige Lohn sowie die Arbeitszeit und der Lohnzuschlag bei Krankheitsfällen usw. ihnen erhalten bleibt.**

Dieser Vorfall zeigt, daß es der Gewerkschaftsbürokratie gar nicht so auf die Interessenvertretung der Arbeiterschaft, als vielmehr auf die Sicherung ihrer Positionen ankommt. Jetzt, Kollegen des Pirnaer Omnibusverkehrs, gilt es, nicht schmollend auf der Seite zu stehen, sondern euch einzureihen in die Antifaschistische Aktion zum Kampf gegen Unternehmerwillkür Lohnabbau und Bonzenverrat! **Werbet Mitglieder der RGO! Lest die revolutionäre Presse, die die Interessen der Arbeiterschaft im täglichen Kampf um Lohn und Brot vertritt!**

Daß sich parteilose Arbeiter, die in der sozialdemokratischen Presse verleumdet wurden, an die Arbeiterstimme wenden, beweist, in welchem Maße das Vertrauen der Gesamtarbeiterschaft nur KPD und ihrer Presse mächt. **Es muß ein Ansporn für jeden Kommunisten sein, eine noch gesteigerte Werbetätigkeit für die Arbeiterstimme zu entfalten.**

Die „Daheim"-Boten vor neuem Kampf

Künstlich geschaffener „Arbeitsmangel" . Entlassungen von Arbeitern . Die Belegschaft kampfbereit

(Arbeiterkorrespondenz)

Nachdem durch das geschlossene Auftreten der Belegschaft des Leipziger Verlages „Daheim" unter einheitlicher Führung der RGO der Streik der Boten mit einem vollen Sieg für die Belegschaft beendet wurde, verpflichtete sich der Unternehmer keinerlei Maßregelungen durchzuführen. Er versucht nun, diese Verpflichtung zu umgehen. So wurde die Werbeabteilung unter dem Vorwand eingestellt, die Unkosten seien für die Dresdner Filiale nicht mehr tragbar, da es nicht gelungen sei, durch Herabsetzung der Löhne die angeblich untragbaren Kosten einzusparen. Es hätte auf Grund dessen dazu übergehen müssen, die Provisionssätze der Vertreter herabzusetzen und die Tagesspesen gänzlich in Wegfall zu bringen. Die Vertreter haben aber das Arbeiten zu den gekürzten Provisionssätzen sowie Wegfall der Tagesgelder hier in Dresden abgelehnt. Um nun diese Vertreter nicht zu verlieren, hätte er sie nach auswärts (Meißen, Zittau, Görlitz usw.) schicken müssen.

Nun plötzlich nach dem Streik sind angeblich die Unkosten der Filialen „nicht mehr tragbar". Aber am 1. Oktober wurde umgezogen. Die jetzigen Räume kosten mindestens das Doppelte an Miete. Vier Vertreter des Hauptgeschäfts aus Hannover sind nach Dresden beordert worden. Diese Herren Revisoren oder Kontrolleure oder wie sie sich nennen, sollen wahrscheinlich durch ihr beträchtliches Gehalt die „untragbaren" Unkosten noch vergrößern. Es werden auch noch weitere Filialen eingerichtet. Obwohl sich die Vertreter auswärts noch leuter Ratten müssen als in Dresden.

Der Unternehmer versucht mit allen Mitteln die Dresdner Filiale durch vorübergehende Einschränkung der Kundenzahl zu verkleinern, um so die Möglichkeit zu haben, auch die Belegschaftszahl herabdrücken und möglichst den Betriebsrat ganz zu beseitigen. So will er nach und nach versuchen, die aktivsten Kollegen aus dem Betrieb hinauszuwerfen. Dazu benutzt er den bewußt geschaffenen „Arbeitsmangel" zum Vorwand.

Einige Boten haben bereits die Kündigung erhalten. Es soll und darf dem Unternehmer nicht gelingen, die einheitliche und geschlossene Front der Belegschaft zu zerschlagen. Die Belegschaft ist sich bewußt, daß sie im Kampf um ihre Existenz die aktive Unterstützung der proletarischen Revolutionäre und in erster Linie der Dresdner Erwerbslosen hat. In Anbetracht dieser Sachlage werden die „Daheim"-Boten auch weiterhin sämtliche Versuche des Unternehmers geschlossen abwehren und wenn es nochmals zum äußersten Mittel, zum Streik, greifen müssen.

Schuhmacher in Not!

Am Montagvormittag fand in den Annensälen eine gutbesuchte Protestversammlung der Schuhmacher-Zwangsinnung statt. Sie richtete sich gegen die Absicht Dresdner Warenhäuser, Schuhreparaturen auszuführen.

Der Referent schilderte die Not, die im Mittelstand im allgemeinen, in den Schuhmacherkreisen aber im besonderen herrscht. Es ist ja ganz klar: Arbeiternot ist Mittelstandsnot! Je mehr Proleten nicht mehr in den Stand gesetzt werden, Schuhreparaturen ausführen zu lassen, desto weniger wird auch der Schuhmachermeister zu beißen haben. Der Ausweg aus diesem Elend auch für die Kreise des Schuhmacherhandwerks kann also nur der Ausweg des Proletariats sein. Und der ist die sozialistische Planwirtschaft.

Diese Konsequenzen aber zog der Redner nicht. Dessen Konsequenz war: „Kampf gegen die fortschreitende Technisierung. Wiederschaffung der früheren „schönen" Zeiten. „Wir appellieren an die Behörden."

Wir Kommunisten wissen und sagen es den Schuhmachern mit aller Schärfe und Deutlichkeit: Die Behörden werden gar nicht daran denken, irgendwelche Maßnahmen gegen großkapitalistische Unternehmen zugunsten des notleidenden Handwerks zu ergreifen.

Das einzige Mittel gegen Mittelstandselend und -elend ist der außerparlamentarische Kampf an der Seite des Proletariats unter Führung der Kommunistischen Partei.